

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

30.3.1900 (No. 89)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 30. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

N^o 89.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

1900.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das

II. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amthlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 21. März d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Bezirksrabbiner Dr. Josef Eschelbacher in Bruchsal das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 20. März d. J. gnädigt geruht, den Bezirksgeometer Obergemeister Albert Krieger in Durlach auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 16. März d. J. wurde Expeditions- und Telegraphenassistent Adam Straub in Bretten nach Karlsruhe versetzt.

Nicht-Amthlicher Theil.

Interessengemeinschaft.

Zu den bedauerlichen Erscheinungen in unserer politischen Lage gehören die zwischen einzelnen Vorkörpern der Industrie und der Landwirtschaft im Gange befindlichen Auseinandersetzungen, die, durch Einmischung der radikalen Blätter verstärkt, zu einem Zwiespalt, wenn nicht zur Entfremdung der beiden auf einander angewiesenen nationalen Haupterwerbsgruppen zu führen drohen. Wenn man sieht, wie eifrig die radikale Presse darauf bedacht ist, die Industriellen zum Kampfe gegen die „Agrarier“ aufzureizen, so wird man bald gewahr, welche politische Faktoren von einem derartigen Zwiespalt Vortheil haben werden.

Wenn auf der einen Seite darauf aufmerksam gemacht wird, daß die industriellen Schutzzölle, die unbestritten unsere nationale Industrie zu den Leistungen, die wir heute an ihr bewundern, gekräftigt haben, nur der einmüthigen Hilfe auch der landwirtschaftlichen Kreise zu verdanken sind, so ist das richtig. Andererseits darf die Landwirtschaft nicht vergessen, daß die Industriellen ihr bis jetzt ebenfalls behilflich gewesen sind, um ihr der ausländischen Konkurrenz gegenüber einen ausreichenden Schutz zu verschaffen. Hat sich dieser Schutz in den letzten Jahren als ungenügend erwiesen, so liegt das an den Verhältnissen, und gerade die maßgebenden Vertreter der Industrie haben sich bereit erklärt, für die Herstellung höheren Schutzes im Rahmen der Politik der Sammlung mitzuwirken. Augenblickliche Verstimmungen zwischen Vertretungen bestimmter materieller Interessen sind nicht zu vermeiden. Jede solche Vertretung will für ihre Klienten einen möglichst großen Vortheil gewinnen. Darüber darf man aber auf beiden Seiten nicht vergessen, daß am letzten Ende die Interessen beider zusammenlaufen, daß also eine dauernde oder auch nur längere Zeit anhaltende Verneinung ausschließlich denjenigen wirtschaftspolitischen Richtungen genehm sein würde, die unsere Schutzzölle auf ein Minimum herabdrücken möchten. Und in politischer Hinsicht würde eine Entfremdung zwischen Industrie und Landwirtschaft noch weit beklagenswerthere Wirkung haben. Die Politik der Sammlung bezweckt sowohl einen wirksamen Schutz der nationalen Produktion, einen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessengegenstände wie auch einen Zusammenschluß aller staatsverhaltenden Elemente gegenüber der Sozialdemokratie. Infolgedessen ist ja auch die letztere besonders eifrig am Werke, die „Agrarier“ zu diskreditieren und die Industriellen gegen „agrarisches Begehrlichkeit“ zu schirmen.

Bei der Kampfstellung des Radikalismus gegen das „Agrarierthum“ handelt es sich in erster Linie nicht um wirtschaftliche, sondern um politische Fragen. So lange Industrie und Landwirtschaft sich ihrer Interessengemeinschaft bewußt sind, bilden sie — das weiß man auf der äußersten Linken — einen festen Damm gegen das Vor-

bringen revolutionärer Strömungen. Ist aber erst zwischen diese beiden zusammengehörigen Gruppen ein Keil getrieben, so ist auch für die radikale Hoffnung vorhanden, durch jene Breche vorzudringen und beiden, der Industrie wie der Landwirtschaft, die politische Macht zu entwinden. Der radikale Freisinn und die Demokratie suchen Anschluß an die Sozialdemokratie, um von ihren parlamentarischen Mandaten zu retten, was noch zu retten ist. Diese Parteien haben es seit Jahren als ihre Aufgabe angesehen, die Sozialdemokratie vor Maßnahmen zu bewahren, die geeignet wären, ihre Entwicklung zu hemmen. Eine derartige Thätigkeit kennzeichnet aber nicht den wirklichen Freund der deutschen Industrie, so wenig wie den der Landwirtschaft. Für die beiden großen Erwerbsgruppen sollte also kein Zweifel darüber bestehen, daß sie nicht nur einzeln ihre materiellen Interessen, sondern auch gemeinsam das Wohl des Vaterlandes behörden würden, wenn sie, die eine rechts, die andere extrem links gehen wollten, weil sie vielleicht in irgend einer Nebenfrage uneinig sind.

Die Flottennovelle vor der Budgetkommission des Reichstags.

(Ausführlicher Bericht.)

* Berlin, 28. März.

Bei der heute fortgesetzten Beratung der Flottennovelle in der Budgetkommission des Reichstags wurde in der Erörterung der Fragen der Nothwendigkeit und des Umfangs der Flottenvermehrung fortgefahren. Die Details der Besprechung entziehen sich der Wiedergabe.

Abg. Bebel würdigt die politische Lage Deutschlands inmitten der übrigen Völker und glaubt, daß sie die verlangte Erweiterung der Flottenflotte nicht rechtfertigt. Absoluten Handelsschutz im Kriege gewährt auch eine stärkere Flotte nicht; der deutsche Handel werde im Kriege überhaupt nicht wagen, den überseeischen Betrieb aufrechtzuerhalten. Er gelange zur Ablehnung der Vorlage.

Abg. Stolberg-Wernigerode legt dar, daß dem Gesetz jegliche aggressive Tendenz fernliege. In der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands lägen Reibungsmöglichkeiten in großer Menge. Mit schwacher Rüstung sich begnügen, weil möglicherweise der Gegner doch stärker sei, entspreche nicht einer voraussetzenden Politik. Es müsse vielmehr geschehen, was den Kräften der Nation entspreche. Deshalb sei er für die Vorlage.

In ähnlichem Sinne spricht sich auch der Abg. Wassermann aus. Abg. Richter hält die Lage für nicht wesentlich verändert. Bismarck habe 1885 seinen Standpunkt zur Flotte dahin gekennzeichnet, daß Deutschland mit den großen Seemächten nicht wetteifern solle. Nach 1897 habe Bismarck eine „gute Anflandflotte“ für Deutschland als ausreichend erachtet. In den vorliegenden Verhältnissen der Völker liege keine Bürgschaft für die Fortdauer friedlicher Verhältnisse. Er gelange zur Ablehnung, um so mehr, als die Vorlage Projekte für eine Zukunft enthalte, welche sich in keiner Weise übersehen lassen.

Graf v. Bülow: Er betone nochmals den lediglich defensiven Charakter der Vorlage allen Mächten gegenüber. Der deutschen Politik lägen aggressive Tendenzen fern; es werde ja sogar im Reichstage und in einem Theile der Presse zuweilen der Vorwurf erhoben, unsere auswärtige Politik sei zu vornehm, dieser Vorwurf sei ebenso unbegründet wie derjenige phantastischer Pläne und unbefonnenen Vorgehens. Die deutsche Politik verfolge das Ziel, den Frieden aufrecht zu erhalten und die Würde des Reiches zu wahren. Dazu sei nicht nur diplomatische Umsicht, sondern auch ein ausreichendes Maß materieller Macht erforderlich. Die Schwäche des Reiches reize zu Uebergriffen der Anderen. Er stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß wegen geringfügiger Ursachen einen großen Krieg zu entfesseln im hohen Grade rathlos gewesen wäre. Es sei aber mit der Möglichkeit zu rechnen, daß man versuchen könnte, uns Vordringungen zuzufügen, die ein Volk wie das deutsche nicht acceptiren könne, die er — der Staatssekretär — jedenfalls nicht gesonnen sei, hinzunehmen. Seit den siebziger und achtziger Jahren, als Bismarck eine kleine Flotte für genügend erachtet konnte, änderten sich die Verhältnisse bedeutend. Mit dem Aufschwunge des Handels und der Entwicklung unserer industriellen und überseeischen Interessen vermehrten sich die politischen Reibungsflächen. Wenn Bismarck 1885 eine deutsche Flotte in der Stärke ungefähr der amerikanischen für ausreichend hielt, so beweist das die Verschiedenartigkeit der jetzigen von der damaligen Lage, daß inzwischen gerade auch die Vereinigten Staaten die früheren Bahnen verlassen und sich zur See stärker machten, auch die englische Politik seitdem eine andere geworden sei: Bis in die siebziger und achtziger Jahre verfolgte sie das Prinzip der Nichtintervention. Gegenwärtig fasse die imperialistische Strömung in England mehr und mehr Boden. Eine der Hauptaufgaben der deutschen Politik sei, gute Beziehungen zu allen Mächten zu unterhalten. Selbstverständlich wären diese nur möglich auf der Grundlage vollster Gegenseitigkeit und gegenseitiger Rücksichtnahme. Unsere offiziellen Beziehungen wären durchweg die besten, aber die Zeiten der Kabinetspolitik wären geschwunden. Die Volkseinstimmungen seien mehr und mehr als einflußreicher Faktor in den Vordergrund getreten, deshalb sei es unumgänglich, unsere materiellen Machtmittel zur Sicherung des Friedens zu mehren.

Abg. Bebel meint, die Völker trieben die Flottenlasten gegenseitig in die Höhe. Verhältnismäßig seien Deutschlands Seemächte besser geschützt als die englischen. Deutschlands Mächte seien besser als die französischen. Wenn Deutschland

Krieg führe, werde die Entscheidung immer zu Lande geschlagen. Wenn einmal eine Flottenvermehrung nöthig werde, müsse es bei der Auslandsflotte sein.

Abg. Groeber bemerkt, Bülow's Äußerungen beruhigten ihn, doch sei die Expansion unserer Auslandsflotte keinesfalls gefährlos. Wenn der Abg. Richter der Flottenvermehrung nicht abgeneigt sei und nur keine lange Bindung wolle, sei dies ein werthvolles Zugeständniß. Bezüglich der Ausführung des Flottenprogramms behalte der Reichstag auch freie Hand. Der Redner betont, er wolle sich hier informieren. Das Votum der Kommissionsmitglieder binde die Parteien in keiner Weise.

Abg. Hoeren bezweifelt noch die Nothwendigkeit der Vermehrung der Schiffsflotte. Das Gesetz enthalte eine schwerwiegende Bindung. Es sei keine Novelle, sondern es habe das alte Gesetz auf.

Abg. Richter will die Frage der Vermehrung der Auslandsflotte der Staatsberatung vorbehalten. Er bekämpfe nicht jede Flottenvermehrung, halte aber das gegenwärtige durch die Ersatzpflicht der Schiffe gegebene Arbeitspensum für genügend.

Prinz Arenberg meint, Verhältnisse der Gegenwart seien, wie Bülow's Rede bestätige, ein starker Impuls, für die Vorlage einzutreten. Daher sei die Flottenagitation überflüssig und schädlich.

Abg. Müller-Fulda bekämpft Bebel's Auffassung betreffend Deutschlands gegenwärtige Seerüstung, empfiehlt aber Vorschlag angeht die hohen Forderungen. Vielleicht sei der Ersatz kleiner Kreuzer hinauszuverschieben.

Zu der Frage, welche Steigerungen der sonstigen Reichsausgaben bis 1920 wahrscheinlich zu erwarten seien, erklärt Staatssekretär Thielmann, die Frage sei bei der Verschiedenheit der darin zusammengefaßten Materien schwer zu beantworten. Er werde die betheiligten Ressorts zu Rathe ziehen. Die Entwicklung der Einnahmen der letzten Jahre weise darauf hin, daß neben den Erfordernissen der Marine ein erheblicher Posten für andere Bedürfnisse freibleiben werde. Redner weist dies im Einzelnen ziffermäßig nach.

Groeber bittet, eine Ziffer dem Protokoll beizufügen.

Nächste Sitzung morgen.

(Telegramm.)

* Berlin, 29. März. Zu dem Protokoll ist in der Budgetkommission eine Tabelle überreicht worden über die stets steigenden Reichseinnahmen von 1895 ab gerechnet.

Abg. Groeber: Es müsse ein Weg für die Kostenbedeckung der Schiffsbauten gesucht werden, der eine Anleihe vermeide.

Abg. Müller-Fulda: Ehe man sich über so große Ausgaben für die Flotte schlüssig mache, müsse man ein sicheres Programm für die Zukunft haben.

Nach kurzer Erwiderung des Staatssekretärs v. Thielmann bemerkt Abg. Bebel: Die Ausgaben werden sicher steigen. Das Marineprogramm umfasse keineswegs alle Ausgaben. Solche würden sicher in hohem Maße nachkommen.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt: Von neuen Flottenstützpunkten könne keine Rede sein. Das Marineprogramm umfasse sämtliche Ausgaben.

Abg. v. Kardorff: Man werde Objekte zur Besteuerung finden, die auch dem Abg. Bebel angenehm sind.

Abg. Büsing verlangt Klarheit bezüglich der Bindungsklausel des alten Gesetzes.

Bei Punkt 9: (Fiskalische Panzerplattenfabrik) verliest v. Kardorff ein Schreiben des Herrn v. Stumm, worin er erklärt, er sei mit der Panzerplattenfabrikation gar nicht beschäftigt. Bei der Dillinger Gütte sei er mit einem Aelchel des Kapitals betheiligte. Von dem hohen Gewinne, wie ihn die Presse meldet, sei keine Rede. v. Kardorff bemerkt hierzu, die schlesischen Werke sahen von der Uebernahme der Panzerplattenfabrikation ab wegen des hohen Risikos.

Abg. Müller-Fulda bemängelt die Angaben des Herrn v. Stumm und fragt wegen der Dauerhaftigkeit der Platten an.

Staatssekretär Tirpitz erklärt, die alten Panzerplatten konnte man bisher nicht wieder verwenden wegen der inzwischen eingetretenen Verbesserungen. Die Verwaltung könne das Risiko der Verstaatlichung der Panzerplattenfabriken nicht übernehmen. Die Angaben der Presse über den Verdienst Krupp's seien höchst übertrieben.

Die Abgg. Graf Stolberg-Wernigerode und Bebel sprechen sich gegen die fiskalische Panzerplattenfabrikation aus.

Abg. Richter: Die jetzigen Werke, welche Panzerplatten lieferten, hätten sich koalirt. Damit sei jede Konkurrenz beseitigt. Der Gedanke einer Verstaatlichung sei von vornherein abzuweisen.

Abg. Kardorff und Staatssekretär Tirpitz verweisen auf Krupp's Verdienste um die deutsche Industrie.

Prinz Arenberg und Abg. Paasche sprechen sich gegen die Verstaatlichung der Panzerplattenfabrikation aus.

Staatssekretär Tirpitz weist auf das größere Alter der englischen Schiffsbaubauindustrie hin. Das Material in Freilegung des Freiburger Münsters.

Mit einer Beilage: Gewinnliste der ersten Geld-Lotterie zur Wiederherstellung und

Eisen und Kohlen liege derselben bequemer zur Hand. Das weitere Erstarken unserer Industrie werde die Preisbildung beeinflussen.

Graf Benedetti †.

Graf Vincent Benedetti ist gestern Vormittag 10 Uhr nach einer vierzehntägigen Krankheit in Paris gestorben. Er war am 27. April 1817 in Bastia auf Corsica geboren. Nach Abschluß der Rechtsstudien, denen er in Paris obgelegen hatte, begann er 1840 seine Laufbahn im auswärtigen Dienst als Konsul in Alexandria. Fünf Jahre später wurde er zum Konsul in Kairo ernannt und 1848 als erster Sekretär der Botschaft in Konstantinopel beigegeben. 1855 wurde er im Auswärtigen Amt Direktor der politischen Angelegenheiten, in welcher Eigenschaft er auf dem Pariser Kongresse im Jahre 1856 als Protokollführer fungierte. 1861 ernannte ihn Napoleon zum Gesandten in Turin. Im Oktober 1864 wurde er auf den wichtigsten diplomatischen Posten, die Berliner Botschaft, berufen, wo er seine denkwürdige Rolle spielte und seine Laufbahn beschloß. Die erste größere Aufgabe fiel Benedetti bei der Beendigung des preußisch-österreichischen Krieges zu. Nachdem Napoleon dem preußischen Botschafter v. d. Goltz sein Programm bekannt gegeben, das alle Punkte der preußischen Ansprüche bis auf die Gebietsveränderungen antieft, erschien Benedetti am 11. Juli Nachts unerwartet bei Bismarck, um den Frieden zu vermitteln, vermochte indes nicht auf die Frage Bismarck's zu antworten, ob Napoleon etwa „Kompensationen“ wünsche. Preußen setzte dann Oesterreich gegenüber seine Wünsche in der Hauptsache durch. Im August schon erschien dann Benedetti mit den Forderungen Napoleons, der seine Kompensationen auf deutschem Boden erhalten wollte, vor Bismarck. Benedetti vertrat diese Forderungen nur mit Zaudern, da er wußte, welchen Widerstand er dadurch entfesseln würde. In dieser schwierigen Verhandlung, die erst mit dem Londoner Vertrag über die Neutralitätserklärung Luxemburgs ihren Abschluß fand, mußte Bismarck, der sich ebenso wie sein König unter keinen Umständen zu einer Abtretung deutschen Gebiets hätte verstehen wollen, das berühmte gewordenen „diplomatische“ Verfahren einschlagen. Der Vorschlag zur Erwerbung Belgiens durch Frankreich, den Bismarck gleich nach der französischen Kriegserklärung im Juli 1870 veröffentlichte, war nicht von Benedetti's Hand unter Bismarck's Diktat geschrieben, wie der Botschafter zu seiner Rechtfertigung später ausführte, sondern von Benedetti im Auftrage seiner Regierung zuerst bei dem norddeutschen Kanzler angeregt worden. Die belgische Frage wurde dann in die luxemburgische umgewandelt, die bei ihrer öffentlichen Behandlung ungeheures Aufsehen erregte. Es war ein schmerzlicher Gang, den der Botschafter am 1. April 1870 mit Bismarck nach dem Reichstagsgebäude machte, wo zum erstenmale die einige Gesinnung der Deutschen in den Reden Bennigsen's und Bismarck's vor aller Welt bekundet wurde, um einige Tage später durch die Bekanntmachung der Verträge mit den süddeutschen Staaten einen noch feierlicheren Ausdruck zu erhalten. Der Norddeutsche Bund ging aus dieser Krise bedeutend moralisch gestärkt hervor. Benedetti's Stellung am Berliner Hofe war schwierig genug geworden, und nur dank seinem persönlichen Feingefühl konnte er sich behaupten. Die letzte Prüfung, die ihm beschieden war, die des 13. Juli 1870, ist noch in aller Gedächtnis. Es war eine Prüfung, denn ein Mann von seiner Erfahrung in Bezug auf Personen und Geschäfte mußte sich sagen, daß er einer Weigerung entgegengehe. Man hat später in Frankreich behauptet, König Wilhelm habe ihn in Ems hart zurückgewiesen; die Mitteilung des Flügeladjutanten Anton v. Radziwill, der König habe ihm weiter nichts zu sagen, widerspreche den Bräunen. Heute bezugehen französische Geschichtsschreiber, daß der Vorfall keine Demütigung für den Botschafter bedeutete. Benedetti war einer Willkür zu vermitteln, wohl bewußt sind. In seiner italienischen Wirksamkeit vermochte er diesen Bestimmungen gemäß zu handeln, wenn es ihm nicht auch in Berlin möglich war, so darf die Nachwelt doch seinem Andenken insofern gerecht werden. Im Jahre 1871 ließ sich Benedetti in den Ruhestand versetzen und lebte seitdem, ziemlich zurückgezogen, in Paris, in Vico oder in Italien.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 28. März.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Nach Annahme des Marineetat's wird über den Etat der Reichsjustizverwaltung beraten.

Abg. Böckel klagt über die hohen Anwaltsgebühren, hohe Gerichtskosten und Anwaltszwang.

Staatssekretär Lieberding erklärt, die Vorlage bezüglich der Anwaltsgebühren sei seinerzeit vom Hause abgelehnt worden. Den Anwaltszwang könnten die Regierungen nicht fallen lassen.

Der Etat wird angenommen.

Ebenso der Etat des Reichsschatzamt's und die Ueberweisungen an die Bundesstaaten.

Bei dem Etat des Reichseisenbahnamt's bringt Abg. Graf Kanitz die Kohlenausfuhrtarife auf den reichsländischen Bahnen zur Sprache. Die gegenwärtige Kohlennot mache es zur Nothwendigkeit, die Ausnahmetarife zu beseitigen. Auch die Tarifermäßigung für die Ausfuhr von Eisen müßte in Betracht des bevorstehenden großen Eisengebrauchs für die Flottenverfärbung aufgehoben werden.

Präsident des Reichseisenbahnamt's Schulz erklärt, kurz nach Ostern soll eine Konferenz im Reichseisenbahnamt sich mit der Frage der Ausnahmetarife beschäftigen. Die Ausnahmetarife für Eisen haben übrigens, ohne die inländischen Interessen zu schädigen, der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt wesentlich genützt.

Der Etat wird bewilligt, ebenso die Etats der Reichsschuld, des Rechnungshofs, des allgemeinen Pensionsfonds, des Reichsinvalidenfonds.

Bei dem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung klagt Abg. Liebermann von Sonnenberg über die Benachteiligung der Handwerker bei Submissionen.

Staatssekretär v. Poddieleski erklärt, er könne bei der dritten Lesung des Etats nicht auf Details eingehen.

Es folgen weitere Bemerkungen der Abg. Liebermann von Sonnenberg und Stöcker, der die Auflösung des Postassistentenverbandes beklagt.

Staatssekretär v. Poddieleski erklärt: Er habe nie daran gedacht, gegen Vereine innerhalb der Oberpostdirektionsbezirke einzuschreiten; nur allgemeine Verbände könne er im Interesse der Disziplin nicht dulden.

Abg. Singer äußert sich im gleichen Sinne wie Stöcker, ebenso der Abg. Müller-Sagan.

Der Etat wird bewilligt.

Bei dem Etat für die Einführung des Postverkehr's erklärt Staatssekretär v. Thielmann, sofern die Beschlüsse der zweiten Lesung aufrechterhalten bleiben, werde die Einführung des Checkverkehrs vom Standpunkt der finanziellen Interessen ersten Bedenken unterliegen. Die Regierungen müssen sich volle Freiheit der Entscheidung darüber vorbehalten, ob sie von der erhaltenen Ermächtigung Gebrauch machen werden.

Der Etat wird bewilligt; ebenso die Etats der Reichsdruckerei und der Verwaltung der Eisenbahnen.

Es folgt der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Abg. Rickert (freis.) erörtert die Frage der gemischten Transitlager, deren Nothwendigkeit nicht zu bezweifeln sei.

Abg. v. Klinkowström (kons.) tritt dem entgegen. Die reinen Transitlager genügen, die gemischten dienen nur der Spekulation.

Staatssekretär v. Thielmann: Die Ansichten der Konservativen über diesen Punkt hätten sich seit vier Jahren bedeutend verschoben. Die Regierung könne nicht diese Verschiebungen immer mitmachen.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Die Verhältnisse hätten sich seit vier Jahren bedeutend verändert.

Der Etat wird angenommen, ebenso der Etat der Reichsstempelabgaben, des Bankwesens, der Patrimonialbeiträge und der außerordentlichen Deckungsmittel.

Das Etatsgesetz wird angenommen, auch in der Gesamt- abstimmlung. Eine Reihe von Petitionen werden angenommen, darunter auch die auf Erhöhung der Lotteriesteuer auf 20 Prozent und Aufhebung der ermäßigten Kohlenausfuhrtarife. Die zum Etat gehörigen Petitionen werden erledigt. Damit ist die Etatsberatung geschlossen.

Die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Verwendung der Ueberschüsse der Reichseinnahmen aus 1900 wird debattelos erledigt. Die Petitionen werden erledigt.

Darauf vertagt sich, wie schon gemeldet, der Reichstag bis zum 24. April.

Präsident Graf Ballestrem wünscht den Abgeordneten während der Pause gute Erholung.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 29. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag von 10 Uhr an den Vortrag des Präsidenten Dr. Nicolai entgegen. Um 12 Uhr empfingen Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin im Marmeraal die Kadetten des hiesigen Kadettenhauses, welche zum Hauptabtheilungsantritt nach Großlichterfelde abgehen. Der Kommandant Oberst von Sydow und die Kompagniechefs stellten den höchsten Herrschaften die abgehenden Kadetten vor, welche einzeln durch Ansprachen geehrt wurden.

Zur Frühstückstafel erschienen Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm. Nachmittags machte Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin wieder eine Spazierfahrt im geschlossenen Wagen. Später hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Majors von Pannewitz und des Legationsraths Dr. Seyb. Abends besuchten die Großherzoglichen Herrschaften das Gesamtgaßspiel des Elsaßischen Theaters.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hatte die Absicht, der Einladung zur Enthüllungsfest der Bismarck-Denkmal's in Mannheim zu folgen und es waren hierzu alle nöthigen Anordnungen getroffen. Eine leichte katarthallische Affektion gebot Seiner Königlichen Hoheit jedoch Sich in gegenwärtiger Jahreszeit zu schonen und auf den Besuch in Mannheim zu verzichten.

Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max wird wahrscheinlich zum Sonntag für einige Tage hierher kommen und dann nach Wien zurückkehren.

Dem von der Kaiserlich Russischen Regierung zum Vicekonsul für die Stadt Mannheim ernannten Herrn Fabrikanten Alois Bender daselbst ist Seitens der Großh. Regierung das zur Ausübung seiner konsularischen Funktionen erforderliche Exequatur erteilt worden.

* (Kaiserin-Augusta-Denkmal.) Wie wir erfahren, hat Seine Königliche Hoheit der Großherzog dem Comité für die Errichtung eines Kaiserin-Augusta-Denkmal's 3000 M. zugehen lassen. Seit der am 9. d. M. erfolgten Veröffentlichung des Aufrufs sind bereits über 15000 M. an Beiträgen aus Baden eingegangen, gewiß ein vollgiltiger Beweis dafür, daß in allen Kreisen der Bevölkerung das lebhafteste Interesse für eine würdige Anteilnahme Badens an dem großen nationalen Werke besteht. Es ist zu hoffen, daß die Sammlung in gleich erfreulicher Weise fortfahren wird.

* (Kur- und Erziehungsanstalt in Baden-Baden.) Beim Kururlaub des Frühjahrs wird es nicht unerwünscht sein, die im letzten Jahre von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden gegründete Kur- und Erziehungsanstalt in Baden-Baden (Hilale II des Victoria-Pensionats) in Erinnerung zu bringen. Sie hat den Zweck, jungen Mädchen von zarter Gesundheit jeden Alters einen Aufenthalt zu bieten, der mit der heilkräftigen Luft von Baden-Baden alle Vorzüge einer planmäßigen, gesundheitsfördernden Behandlung unter ärztlicher Leitung verbindet. Die Kuranstalten Baden-Badens (Bäder, schwedische Heilgymnastik, Inhalatorium u. s. w.) kommen hier in erster Reihe in Betracht. Die Anstalt, die selbst eine Einrichtung zur Kaltwasserbehandlung besitzt, liegt angelehnt an die Gärten des neuen Großherzoglichen Schlosses, 56 m über der Thalsole und hat außer einem eigenen terrassenförmigen Garten in nächster Nähe die Waldspaziergänge und Berge. Damit die nöthige Beschäftigung und Weiterbildung nach individueller Veranlagung und Begabung den Jünglingen zu Theil werde, erteilt eine in der Anstalt wohnende Lehrerin Unterricht. Solche Jünglinge, welche vorziehen, als Hospitantinnen an den Kurorten in der Filiale I des Victoria-Pensionats zu Baden theilzunehmen, finden in dieser Anstalt in unmittelbarer Nähe den vielseitigsten Unterricht. Für Beschäftigung in Haus und Garten, insbesondere in der Hauswirtschaft und Küche, ist in der Kur- und Erziehungsanstalt gesorgt. Jedes der Anstalt übergebene Kind wird seinen Bedürfnissen entsprechend behandelt, erzogen und angeleitet. Die Hauswirthin, Witwe eines Arztes, vertritt bei den ihr anvertrauten Jünglingen die Stelle der Mutter. Der Aufenthalt in der Anstalt kann auf Wochen, Monate oder Jahre sich erstrecken. Die Kur- und Erziehungsanstalt Baden-Baden möchte den Eltern solcher Töchter, welche eingehender Pflege und Stärkung bedürfen, die Hand bieten, um das kostbare Gut der Gesundheit durch stärkende Behandlung rechtzeitig zu befestigen, ohne dabei die Pflege des geistigen Lebens zu vernachlässigen. — Ueber die Anstalt, die auf fester reli-

giöser Grundlage steht, erteilt die Oberin jede gewünschte Auskunft.

* (Das Ab- und Zuschreiben der Grund-, Häuser-, Gewerbe- und Einkommensteuer) für das nächstfolgende Steuerjahr 1901 und die Feststellung der Kapitalrentensteuer für 1900 wird am Montag, den 2. bis mit Mittwoch, den 11. und Mittwoch, den 18. bis mit Montag, den 30. April 1900, Vormittags von 8 bis 11 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr in den Geschäftszimmern des Schatzungsroths und Großh. Steuerkommissars, Kreuzstraße 11 a, II. Stock, dahier, vorgenommen werden. Zur näheren Belehrung werden die Steuerpflichtigen auf die an der Ortsveränderungstafel angehängte Bekanntmachung verwiesen.

* (Kagenausstellung.) Die von der Vereinigung deutscher und österreichischer Kagensfreunde hier veranstaltete internationale Kagenausstellung wurde heute im Saal des „Jägerhaus“ (Ede Adler- und Jägermeisterstraße) eröffnet, und hatte sich bereits eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen. Die reichhaltige Ausstellung bietet dem Tierfreunde viel Interessantes; es sind die verschiedensten Kagensarten größtentheils in schönen Exemplaren vertreten. Neben der einfachen Hauskage sind die langhaarigen Angorkagen, die weißhalsigen Persischen Kagen (von denen eine mit 10000 M. bewertet ist), ferner ungarische, sibirische, Himalaya, Cyprien-, Karthäuerkagen etc. ausgestellt. Auch eine Sammlung von verschiedenen Arten für Kagenzucht und Pflege, Kleidungsstücke aus präparirtem Kagenfell, Kagenbildern etc. befindet sich in der Ausstellung, deren Besuch bestens empfohlen werden kann.

* (Unfall.) Gestern Abend 6 Uhr erlitt die Ehefrau eines in der Gewerstraße hier wohnenden Schaffners der elektrischen Straßenbahn an der Ecke der Durlacher Allee und Bellschenstraße dadurch einen Unfall, daß sie, nachdem sie von einem elektrischen Wagen, welcher Durlach zuzuging, abgestiegen war, hinter diesem Wagen über die Gleise ging und in demselben Augenblick von einem von Durlach kommenden Wagen erfasst und zwischen die Gleise geworfen wurde. Sie wurde in ihre Wohnung verbracht.

* (Breiten, 28. März.) In dem Nachbardorfe Rußbaum feierte Herr Pfarrer Ludwig seinen 86. Geburtstag. Der Jubilar ist wohl der älteste aller aktiven protestantischen Geistlichen des Deutschen Reiches und wirkt heute noch in voller Rüstigkeit des Geistes und Körpers als Seelsorger. Ein Rückblick auf seine Lebenszeit erweckt die interessante Erinnerung, daß er im Jahre 1849, dessen Ereignis in der badischen Kammer fürzlich durch den Abgeordneten Dr. Fieser eine so interessante Beleuchtung erfuhr, in Gefahr war von der Kanzel geschossen zu werden, da er der Drohungen der sogenannten Republikaner nicht achtend, nach wie vor, dort das Gebet für seinen Landesfürsten verrichtete. Von Weib und Kind gewaltiam entfernt, gewungen mit einem Strick um den Hals dem Wagen der Transporteure nachzutreten, wurde er von seinem damaligen Amtsinhaber aus nach Kandersteden geschleppt, und dort nach zehntägiger Gefangenschaft, die durch fortwährende Todesdrohungen seitens der „Männer der Freiheit“ genährt, endlich entlassen, da der Befreier Badens, der nachmalige Gründer des Deutschen Reiches, Prinz Wilhelm von Preußen, nahe. Möge dem Jubilar ein froher Lebensabend beschieden sein!

* (Baden, 28. März.) Unter dem Vorhabe Seiner Hoheit des Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar fand am Mittwoch Nachmittag eine außerordentliche Generalversammlung des Internationalen Klubs statt. In derselben wurden die Statuten gemäß den Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches abgeändert und in der neuen Fassung gutgeheißen. Bei Schluß der Versammlung, welche sehr zahlreich besucht war, sprach der Prinz-Präsident besonders den Herren Louis Borchard und Stadtrath Fink den Dank für ihre Thätigkeit bei der Ausarbeitung des neuen Statutenentwurfs aus.

* (Von Bodensee, 27. März.) Einer der verdienstlichsten Aerzte unseres Landes hat am Dienstag die Augen für immer geschlossen. Herr Medizinalrath Franz Mader ist im 60. Lebensjahre in Radolfzell am Dienstag früh plötzlich verstorben. Derselbe war 1840 zu Waldshut geboren, 1864 approbirt und 1866 als Feldarzt angestellt, wurde 1879 zum Bezirksarzt in Radolfzell und 1883 als solcher mit Staatsdienereigenenschaft ernannt. Im Jahre 1891 erhielt er den Titel als Medizinalrath. Herr Mader war ein edler, humaner Charakter, ein sehr geschätzter und tüchtiger Mann, und Gerichtsarzt, ein lebenswüthiger Kollege. Auch in den Dienst gemeinnütziger Interessen stellte er gerne seine bewährte Kraft. So gehörte er seit Jahren dem Kreisauschuß an, in dem er regelmäßig die Referate über die freiwillige Krankenpflege und die Kreisgesundheitspflege Radolfzell hatte.

** Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 1. April. Landwirtschaftliche Besprechungen in Brennet, Zbach und Siegelberg, Landwirtschaftliche Bezirksversammlung in Waldkirch; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Wolfach in Postetten; Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins (Kirchspiel) Opau in Zbach; Außerordentliche Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Rommingen; Ordentliche Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Egingen.

Samstag, 7. April. Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Seddenheim.

Sonntag, 8. April. Ordentliche Generalversammlungen der ländlichen Kreditvereine in Interalfen und Buerbach; Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Badstadt; Generalversammlungen der landwirtschaftlichen Konsumvereine in Rickelbach und Singheim; Außerordentliche Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsum- und Absatzvereins in Zentern.

Dienstag, 10. April. Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Rußheim.

Badischer Landtag.

53. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Donnerstag, den 29. März 1900.

(Vorläufiger Bericht.)

Die Wahl des Abg. Schmid (Baden-Bühl) wird für gültig erklärt.

Sodann wird die allgemeine Berathung über das Budget der Landwirtschaft fortgesetzt.

An der Diskussion beteiligten sich die Abgg. Dr. Fieser, Berr, Dr. Heimburger, Klein, Burkhardt, Eder, Rampel, Obkircher, Uibel, Blümmel, Köhler, Kriehle, Dreesbach und Giesler.

Um halb 2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Fortsetzung: Morgen Vormittag 9 Uhr.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg.

Realklassen: Sexta bis Secunda (mit Gymnasialabtheilung). Unterricht in kleinen Klassen, eingehende Berücksichtigung schwächerer Schüler, Anfertigung der häuslichen Arbeiten in der Schule, brachten seit Bestehen der Anstalt günstige Erfolge. Sämtliche aus Klasse II in 7 Cursen abgegangene Schüler bestanden die **Einj.-Freiw.-Prüfung**. Andere erreichten ohne Schwierigkeit den Uebergang in mittlere und obere Gymnasial- und Realklassen. Kleines **Familienpensionat**. [3.280.2] **Dr. Volz.**

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

in Verbindung mit hervorragenden Nationalökonomien, herausgegeben von Minister **Dr. A. Schäffle**, Preis eines Jahrganges von 4 Heften Mark 16.— Preis eines einzelnen Heftes Mark 5.—

Aus dem Inhalt des 2. Heftes von 1900: Buchenberger, Die Steuerreform im Großherzogthum Baden. Schäffle, Zur sozialwissenschaftlichen Theorie des Krieges u. s. w. **H. Laupp'sche Buchhandlung in Tübingen.** Vorrätig in der 3.729

Braun'schen Hofbuchhandlung (G. Pilmeyer) Karlsruhe.

Pensionat.

Junge Mädchen aus guten Familien finden **bürgerliche Pension** zum Erlernen der französischen Sprache zum Preise von M. 70.— per Monat bei **Madame Vve Montillot, Route de Dreize 158, Carouge - Genf.** Zu näherer Auskunft ist gerne bereit **Carl Schlub, Bijouteriefabrikant, Pforsheim.** 3.782.1

Stellenbefetzung.

Bei einem technischen Amte der diesseitigen Stadtverwaltung ist eine mit selbständiger Thätigkeit verbundene **Kanzleifunktion** alsbald zu besetzen. Stenographiefertigkeit Bedingung. Anfangsgehalt 1300—1800 Mark. Bevorzugt werden Bewerber mit Erfahrungen im Kanzleidienste technischer Behörden.

Ferner wird für die Stadtverwaltung ein **Kanzleifunktionär** aus der Zahl der Verwaltungsbeamten bezw. Gemeinbediensteten gegen ein Anfangsgehalt von 1400—1600 M. gesucht. Bezüglich beider Stellen kann die spätere Verleihung der etatsmäßigen Beamtenbezeichnung in Aussicht gestellt werden. 3.780.1

Bemerkungen mit Lebenslauf, Schul- und Dienstzeugnissen wollen unter Angabe der Gehaltsansprüche **binnen 10 Tagen** anher eingereicht werden. **Mannheim, den 24. März 1900.** **Bürgermeisteramt:** Schilling.

Bekanntmachung.

Die heute in öffentlicher Verlosung gezogenen Schuldverschreibungen der hiesigen Gemeinde Heidelberg, Lit. B. Nr. 65 und 187, je M. 500.— werden hiermit auf den 1. Juli d. J. zur Heimzahlung gefündigt. Mit diesem Tage hört ihre Verzinsung auf. **Heidelberg, den 28. März 1900.** **Der Synagogenrath:** Sigm. Ketter. 3.783

Kauf- und Brennholzversteigerung.

Großh. Forstamt **Stodach** versteigert aus Domänenwald Buchholz, Bannholz, Scheibloch, Döbler und Hildsburg am **Dienstag, den 3. April 1900** von morgens 9 Uhr an im früheren **Moser'schen Saale** in **Stodach**: 14 Eichen, 69 Buchen, 4 Birken, 131 Nadelstämme, 234 Nadelstämme, 28 Ster fichtenes Papierholz, 2 Ster eichenes, 472 Buchenes, 7 hirsenes und 142 Nadel Scheitholz, 2 Ster eichenes, 112 Buchenes und 71 Nadelstämmeholz; 192 Ster Reisholz und 12 Voile Schlagraum. Domänenwaldbüter Joseph Wiedenborn in Stodach und Forstwart Rempterjung in Boznegg zeigen auf Verlangen das Holz vor. 3.778

Bürgerliche Rechtskreite.

3.684.2. Nr. 7955. **Ertrach**, Fabrikarbeiter Friedrich **Geintner** von Ertrach klagt, vertreten durch seine Ehefrau, gegen Angelo **Invernizzi**, früher Köchler in Ertrach, jetzt an unbekanntem Ort, behauptend, Beklagter schulde dem Kläger auf Grund schriftlichen Mietvertrags die Hausmiete für Januar und Februar d. J. mit 166 M.; Kläger verlangt Verurteilung des Beklagten zur Zahlung dieses Betrags und ladet den Beklagten zur Klageverhandlung vor **Gr. Amtsgericht Ertrach** zu dem von diesem auf **Dienstag, 1. Mai ds. Js., Vormittags 9 1/2 Uhr,** angesetztem Termin. Zum Zwecke der Zustellung wird Vorstehendes öffentlich bekannt gemacht. **Ertrach, den 22. März 1900.** **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:** Appel.

Konkurse.

3.787. Nr. 11.171. **Karlsruhe.** Ueber das Vermögen des Papierhändlers **Emil Würz** in Karlsruhe, wurde heute am 28. März 1900, Nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann **Karl Burger** hier ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 25. Mai 1900 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Freitag, den 20. April 1900, Vormittags 10 Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag, den 22. Juni 1900, Vormittags 10 Uhr,** vor dem **Großh. Amtsgericht** hier, **Adamiestrasse 2, II. Stod., Zimmer Nr. 8,** Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. April 1900 Anzeige zu machen. **Karlsruhe, den 28. März 1900.** **Kaufm. Richter, Gr. Amtsgericht.** 3.761.1. Nr. 4183. **Vorb. Berg.** Ueber das Nachlass des **Vandwirts Ludwig Rupp** in Horrenbach wurde heute am 27. März 1900, Nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. **Gärtner Joseph Metzner** in Krautheim wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 27. April 1900 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 11. Mai 1900, Vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. April 1900 Anzeige zu machen. **Großh. Amtsgericht zu Vorb. Berg.** **Der Gerichtsschreiber:** Färber. 3.764. Nr. 4504. **Müllheim.** Das **Großh. Amtsgericht** hat heute verfügt: Ueber das Vermögen der in Vermögensabsonderung mit ihrem Ehemann lebenden **Adolf Bar Ehefrau, Sophie geb. Sütterlin** in Brisingen wird auf ihren Antrag heute am 28. März 1900, Vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsagent **Stiefvater** in Müllheim wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1900 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Donnerstag den 19. April 1900, Vormittags 9 Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 4. Mai 1900, Vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. April 1900 Anzeige zu machen. **Müllheim, den 28. März 1900.** **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:** Borell.

Versteigerungs-Zurücknahme.

Die auf **Mittwoch den 11. April d. J., Vormittags 9 Uhr,** im Rathhause zu Ettlingen anberaumte Versteigerung der Liegenschaften der minderjährigen **Frieda und Emma Feger**, Kinder des **Handelsgärtners Friedrich Feger** von Karlsruhe, findet bis auf Weiteres nicht statt. **Ettlingen, den 28. März 1900.** **Großh. Notariat I:** Eschbach. 3.776

Zwangsvollstreckung.

3.645. Konstanz. **II. Liegenschafts-Versteigerung.** Infolge richterlicher Verfügung werden am **Montag, den 23. April ds. Js., Nachmittags 1 1/2 Uhr,** auf dem Rathhause zu **Allmannsdorf** die nachbeschriebenen Liegenschaften des **August Arzmann**, Theaterdirektor von **Allmannsdorf** öffentlich zu Eigentum versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, auch wenn der Anschlag nicht geboten wird. Die zur Versteigerung gelangenden Grundstücke sind:

- 1. Lgh. Nr. 162: 79 ar 25 m Hofrath, Hausgarten, Ackerland und Wiese im Gewann **Regelstigen** der Gem. **Allmannsdorf**. Auf der Hofrath: a) ein zweistöckiges Wohnhaus (Allmannsdorf) mit ausgebautem Souterrain, Kniestock, Dachfronten, Dachstuhl und Thurmhaufen, b) ein einstöckiges Delonomiegebäude mit Giebelhausanbau, c) eine einstöckige Stallung mit Kniestock und d) nördlicher und westlicher Pavillon, einstöckig. Anschlag M. 33500

- 2. Lgh. Nr. 161: 40 ar 56 m Ackerland allda, Anschlag M. 1500
- Die übrigen Versteigerungsbedingungen können beim unterzeichneten Notar eingesehen werden. **Konstanz, den 2. März 1900.** **Großh. Notariat II:** Kurrus.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

3.642.2. Nr. 3344. Radolfzell. Die Witwe des Landwirts **Johann Baptist Zembrod** in Mödingen, **Anna geb. Wehrle**, hat um Einweisung in die Gewalt des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes gebeten. Etwaige Einwendungen sind binnen drei Wochen geltend zu machen, widrigenfalls dem Gesuche entsprochen werden wird. **Radolfzell, den 18. März 1900.** **Der Gerichtsschreiber:** Brunfel.

Verwaltungsache.

3.784. Nr. 118. Stodach. **Bekanntmachung.** Zur Fortführung der Vermessungs- und der Lagerbücher nachfolgender Gemarkungen des Amtsbezirks **Neßkirch** ist im Einverständnis mit den Gemeindevorständen der beteiligten Gemeinden **Tagfahrt** jeweils auf dem Rathhause der betreffenden Gemeinde anberaumt, für die Gemarkung: **Neßkirch, Mittwoch den 4. April d. J., Vormittags 8 Uhr.** **Neßkirch, Donnerstag den 5. April d. J., Vormittags 8 Uhr.** **Göggingen, Samstag den 7. April d. J., Vormittags 8 Uhr.** Die Grundeigentümer werden hievon mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß das Verzeichnis der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeinderath bekannt gemachten Veränderungen in Grundbesitz während acht Tagen vor dem Fortführungs-termin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufgelegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichnisse vorgemerkten Veränderungen in dem Grundbesitz und deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen.

Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundbesitz eingetretenen, aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fortführungsbeamten in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgezeichneten Handrisse und Merkmalen vor der Tagfahrt bei dem Gemeinderath oder in der Tagfahrt bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Gefahr der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müssen. Auch werden in der Tagfahrt Anträge der Grundeigentümer wegen Wiederbestimmung verloren gegangener Grenzmarken an ihren Grundstücken entgegen genommen. **Stodach, den 26. März 1900.** **Der Großh. Bezirksgeometer:** C. Bühler.

Bermischte Bekanntmachungen. **3.502.2. Nr. 740. Karlsruhe.** **Arbeitsvergebung.** Unter den bei badiischen Staatsbauten üblichen allgemeinen und besonderen Bedingungen sollen für den **Neubau der hiesigen Kunstgewerbeschule** die nötigen **Schreiner-, Glaser- und Beschlägarbeiten** auf Einzelpreise vergeben werden. Zur Beurtheilung des Umfangs des Geschäfts füge ich bei, daß beiläufig 1600 qm Fenstereisen herzustellen sind. Fertigungszeit 5 Monate. Zeichnungen, Musterfenster, Arbeitsbeschreibungen und Angebotsformulare können auf dem Baubureau (im Neubau selbst bei Herrn Baupraktikant **Bausührer Otto Vinde**) täglich von 22. März ab, während der üblichen Bureaustunden eingesehen und in Empfang genommen werden. Angebote sind bis **3. April d. Js., Morgens 11 Uhr** spätestens bei dem Sekretariat der **Großh. Vaudirektion** einzureichen, zu welcher Stunde die Verhandlungsverhandlungen stattfinden. Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen. **Karlsruhe, den 20. März 1900.** **Großh. Vaudirektion:** Dr. Josef Durm. Martin.

Vergebung von Bauarbeiten. Für den **Neubau eines Dienstgebäudes** für die **Großh. Wasser- und Straßenbau-** und die **Großh. Kulturinspektion** in **Heidelberg** sollen nachstehende Bauarbeiten im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden: **Veranschlagt zu M.**

- 1. Grabarbeiten 5 299.06
- 2. Maurerarbeiten 62 672.65
- 3. Cementarbeiten 16 080.44
- 4. Steinhauerarbeiten a. rothes Pfingstfähr Material 2 171.88 b. gelber oder rother Stein 10 744.48
- 5. Verputzarbeiten 8 182.62
- 6. Schmeldearbeiten 1 216.10
- 7. Zimmerarbeiten 5 881.35
- 8. Blechenerarbeiten 2 380.02
- 9. Dachdeckerarbeiten 4 762.05
- 10. Anfrisch des Eisenwerks 910.—

Arbeitsauszüge, Pläne und Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer zur Einsicht offen, daselbst sind auch Angebotsformulare gegen Erstattung der Verbandsgebühren erhältlich. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens am **14. April d. Js.** bei uns einzureichen. Die Eröffnung der Angebote findet **Mittwoch den 18. April d. Js., Vormittags 9 Uhr,** in unserem Geschäftszimmer statt. Zuschlagsfrist 4 Wochen. **Bruchsal, den 19. März 1900.** **Großh. Bezirksbauinspektion:** Sang. [3.547.2

3.754. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.** Die Tarifbestimmung des Ausnahmetarifs Nr. 3 für Gyps ist durch Einschaltung der Station **Altenburg-Rheinau** ergänzt worden. **Karlsruhe, den 26. März 1900.** **Generaldirektion.**

3.788. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.** Zum Tarif für den Güterverkehr der **Rhein- und Mainhaffentationen** mit **Württemberg** ist mit Wirkung vom 25. d. M. der **I. Nachtrag** erschienen, durch welchen die Station **Mannheim-Industrie** in den Tarif einbezogen wird. Ferner enthält der Nachtrag **Abnahmefrachtsätze** für **Stein** als **Kochendorf nach Ludwigschafen a. Rh. und Mannheim.** **Erreichte des Nachtrags** sind durch die Güterstellen in **Mannheim** zum Preise von 25 Pf. das Stück zu beziehen. **Karlsruhe, den 28. März 1900.** **Großh. Generaldirektion.**

Schreibgehilfe

zu sofortigem Eintritt gesucht. Jahresvergütung 600 M. 3.758.2 **Altunarskipienten** bevorzugt. **Adelsheim, den 28. März 1900.** **Großh. Notariat:** Dr. Schwarzschild.

3.661.3. Mosbach. Bei diesseitigem Amtsgericht, auf 20. April d. Js. beziehbare, eine **Detopistenstelle** zu vergeben. Gehalt bis zu 400 M. Schreibgebühren ungefahr 130 M. Bewerbung sofort erbeten. **Mosbach, 23. März 1900.** **Großh. Amtsgericht.** **Gungert.**

3.751.2. Ettlingen. **Schreibgehilfe** kann bei Unterzeichnetem sofort eintreten. Jahresgehalt 600 M. Bewerber wollen Zeugnisse vorlegen. **Ettlingen, den 27. März 1900.** **Großh. Notariat I:** Eschbach.

Auf sofort eine **Schreibgehilfe** gegen eine Jahresvergütung von 400 M. und unanfällig 60 M. Pensionsanspruch werden bevorzugt. **Eberbach, den 26. März 1900.** **Großh. Notariat:** Klingel. 3.777.1

Wasser- und Holzinspektion.

(ca. 4 km von der Station **Uffenfeld** der Lokalbahn **Zell-Lobdau** entfernt.) Der **Verwaltungsrath Holzinspektion** (Amt **Schnau**) vergibt die Lieferung und Montage von ca. 500 m Gußrohren von 80 und 50 mm Nennweite, ferner von 3 Stück Normalhydranten und eines Schiebers d=80 mm, sowie die zugehörigen Erdbarbeiten und endlich die Bestandteile für ca. 10 Hausleitungen. Die für die Angebote zu benütigenden Verzeichnisse, welche von der unterzeichneten Stelle gegen Einzahlung von 80 Pfg. bezogen werden können, sind bis spätestens **Freitag, den 6. April, Nachmittags 2 Uhr,** bei dem **Verwaltungsrath Holzinspektion** einzureichen. **Uffenfeld, den 26. März 1900.** **Großh. Kulturinspektion.**

Vergebung von Bauarbeiten. Für die Erweiterung des Hauptkrankenhauses beim Landesgefängnis in **Bruchsal** sollen die folgenden Arbeiten auf dem Wege des öffentlichen Ausschreibens, vorbehaltlich landständischer Genehmigung, vergeben werden. **Veranschlagt zu M.**

- 1. Grabarbeiten 5 299.06
- 2. Maurerarbeiten 62 672.65
- 3. Cementarbeiten 16 080.44
- 4. Steinhauerarbeiten a. rothes Pfingstfähr Material 2 171.88 b. gelber oder rother Stein 10 744.48
- 5. Verputzarbeiten 8 182.62
- 6. Schmeldearbeiten 1 216.10
- 7. Zimmerarbeiten 5 881.35
- 8. Blechenerarbeiten 2 380.02
- 9. Dachdeckerarbeiten 4 762.05
- 10. Anfrisch des Eisenwerks 910.—

Arbeitsauszüge, Pläne und Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer zur Einsicht offen, daselbst sind auch Angebotsformulare gegen Erstattung der Verbandsgebühren erhältlich. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens am **14. April d. Js.** bei uns einzureichen. Die Eröffnung der Angebote findet **Mittwoch den 18. April d. Js., Vormittags 9 Uhr,** in unserem Geschäftszimmer statt. Zuschlagsfrist 4 Wochen. **Bruchsal, den 19. März 1900.** **Großh. Bezirksbauinspektion:** Sang. [3.547.2

3.754. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.** Die Tarifbestimmung des Ausnahmetarifs Nr. 3 für Gyps ist durch Einschaltung der Station **Altenburg-Rheinau** ergänzt worden. **Karlsruhe, den 26. März 1900.** **Generaldirektion.**

3.788. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.** Zum Tarif für den Güterverkehr der **Rhein- und Mainhaffentationen** mit **Württemberg** ist mit Wirkung vom 25. d. M. der **I. Nachtrag** erschienen, durch welchen die Station **Mannheim-Industrie** in den Tarif einbezogen wird. Ferner enthält der Nachtrag **Abnahmefrachtsätze** für **Stein** als **Kochendorf nach Ludwigschafen a. Rh. und Mannheim.** **Erreichte des Nachtrags** sind durch die Güterstellen in **Mannheim** zum Preise von 25 Pf. das Stück zu beziehen. **Karlsruhe, den 28. März 1900.** **Großh. Generaldirektion.**

Schreibgehilfe

zu sofortigem Eintritt gesucht. Jahresvergütung 600 M. 3.758.2 **Altunarskipienten** bevorzugt. **Adelsheim, den 28. März 1900.** **Großh. Notariat:** Dr. Schwarzschild.

3.661.3. Mosbach. Bei diesseitigem Amtsgericht, auf 20. April d. Js. beziehbare, eine **Detopistenstelle** zu vergeben. Gehalt bis zu 400 M. Schreibgebühren ungefahr 130 M. Bewerbung sofort erbeten. **Mosbach, 23. März 1900.** **Großh. Amtsgericht.** **Gungert.**

3.751.2. Ettlingen. **Schreibgehilfe** kann bei Unterzeichnetem sofort eintreten. Jahresgehalt 600 M. Bewerber wollen Zeugnisse vorlegen. **Ettlingen, den 27. März 1900.** **Großh. Notariat I:** Eschbach.

Auf sofort eine **Schreibgehilfe** gegen eine Jahresvergütung von 400 M. und unanfällig 60 M. Pensionsanspruch werden bevorzugt. **Eberbach, den 26. März 1900.** **Großh. Notariat:** Klingel. 3.777.1